

Verantwortliche Redakteure
Für den politischen Theil:
C. Fontane,
für Feuilleton und Vermischtes:
A. Roederer,
für den übrigen redaktionellen Theil:
E. Lubowski,
sämmlich in Posen.
Verantwortlich für den
Inseratenthail:
O. Kurrer in Posen.

Abend-Ausgabe.

Posener Zeitung.

Sechshundneunzigster

Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition der
Zeitung, Wilhelmstraße 17,
ferner bei Gust. Ad. Schlegel, Postk.
Gr. Gerber- u. Breitstr.-Ecke,
Otto Richsch in Firma
J. Henmann, Wilhelmstraße 8,
in Gnesen bei S. Oraplewski,
in Meseritz bei Jh. Matthias,
in Breschen bei J. Jadesohn
u. bei den Inseraten-Annahmestellen
von G. J. Haude & Co.,
Haasenhein & Vogler, Rudolf Mosse
und „Invalidentank“.

Nr. 610.

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei
Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich
4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz
Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung, sowie alle Postämter des
Deutschen Reiches an.

Montag, 2. September.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren
Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten
Seite 30 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an bevor-
zugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expe-
dition für die Abendausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für
die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1889.

Am tliches.

Berlin, 1. September. Der bisherige technische Hilfsarbeiter bei der königlichen Regierung in Minden, Bauinspektor Saran, ist als königlicher Kreis-Bauinspektor nach Wolmirstedt versetzt worden.
Der Oberförster Amelow zu Mägelburg im Regierungsbezirk Stettin ist auf die Oberförsterstelle zu Pflafermühl im Regierungsbezirk Marienwerder versetzt worden. — Der Fortifikations-Major, Premier-Lieutenant im Reitenden Feldjäger-Korps, Hans Müller, ist zum Oberförster ernannt und demselben die Oberförsterstelle Herzberg mit dem Amtsitz zu Lindau im Regierungsbezirk Hildesheim übertragen worden.
Der praktische Arzt Dr. med. Eugen Pfleger zu Blönssee ist zum Kreis-Wundarzt des Kreises Nieder-Barnim, der praktische Arzt Dr. med. K. Leiner zu Koschmin zum Kreis-Physikus des Kreises Roschmin, und der praktische Arzt Dr. Rebler zu Hundsfeld zum Kreis-Wundarzt des Kreises Striegau ernannt worden.
Der Kassen-Sekretär Busch aus Berlin ist zum Buchhalter bei der General-Staatskasse befördert worden.

Politische Uebersicht.

Posen, 2. September.

Die Konferenzen zwischen den Kommissaren der preussischen Ministerien über Feststellung des nächstjährigen Staats-Haushaltsetats werden um die Mitte des laufenden Monats, also früher beginnen, als es in den letzten Jahren der Fall war. Als Grund dafür wird angegeben, daß man eine Beschleunigung der Feststellung des preussischen Staats-Haushaltsetats anstrebe und zwar für den Fall, daß etwa der preussische Landtag früher einberufen werden sollte, ein Vorgang, der jedenfalls nicht viel Wahrscheinlichkeit für sich hat. Indessen steht diese Anordnung gewissen, schon vor einiger Zeit bekannt gewordenen Plänen zur Seite, wonach man für die Zeit der Reichstagswahlen an eine Vertagung des Landtages u. dergl. m. gedacht hat.

Anlässlich der Aeußerung des Kaisers in Münster über die Nothwendigkeit größeren Arbeiterschutzes durch die Gesetzgebung erinnert die „Magd. Ztg.“ daran, daß der Bundesrath die letzten Anträge des Reichstages über den Schutz der Arbeiter nicht grundtätzlich zurückgewiesen, sondern nur für zur Zeit inopportun erklärt und sich vorbehalten habe, zu geeigneter Zeit mit selbständigen Vorschlägen vor den Reichstag zu treten. Es wird in Berlin allgemein angenommen, daß die ausgesprochene Ansicht des Kaisers die bezüglichen Absichten des Bundesrathes erheblich fördern werde.

Bei seiner Anwesenheit in Metz ist der Kaiser bekanntlich auch im Austrage der dem Reichslande benachbarten Souveräne von Luxemburg und Belgien begrüßt worden. In einzelnen Blättern wird nun Befremden darüber geäußert, daß nicht auch das französische Staatsoberhaupt dieser Pflicht der Etikette genügt habe, obwohl doch Mac Mahon als Präsident der Republik den deutschen Kaiser bei seinem ersten Besuche in Metz ebenfalls durch einen Abgesandten habe begrüßen lassen. Hierzu bemerkt die „Weserztg.“:

„Es ist nicht wahrscheinlich, daß dies Befremden an irgend einer amtlichen Stelle diesseits getheilt wird. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich, wenn auch nicht die amtlichen, haben sich seit langer Zeit so gestaltet, daß auf den Austausch besonderer Höflichkeiten deutscherseits schwerlich noch irgend welcher Werth gelegt wird. Ein französischer Begrüßungsgeandter in Metz würde nur Verlegenheiten bereiten und ein lebendiger Widerspruch mit den herrschenden Stimmungen in Frankreich gewesen sein. Daß die deutsche Regierung diese Stimmungen dem derzeitigen Präsidenten der Republik nicht entgegenläßt, hat sie durch ihr Entgegenkommen bei der Auslieferung der Gebeine Carnots bewiesen. Eine besondere Erwiderung dafür ist aber ohne Zweifel weder erwartet, noch auch nur gewünscht worden.“

Der Rücktritt des Finanzministers v. Scholz steht nach der „Post“ zum Oktober nunmehr bestimmt bevor. Herr v. Scholz weilt seit Anfang Juli auf seiner bei Konstanz belegenen Besitzung und kehrt vorläufig nicht nach Berlin zurück. Ueber einen Nachfolger des Ministers v. Scholz ist bis jetzt noch nicht verhandelt worden. Die Nachricht, daß mit dem Staatssekretär des Reichschatzamt, v. Malzahn-Gülz, darüber verhandelt worden, ist irrig.

Von sozialdemokratischen Reichstags-Kandidaturen sind eine niedergelegte und eine proklamirte bemerkenswerth. In Berlin II. hat der Redakteur Schippel auf seine Kandidatur verzichtet. Es wird dies mit seiner anderen Kandidatur in Chemnitz und mit dem Beschlusse, daß Doppelkandidaturen möglichst vermieden werden sollen, erklärt. In die Richtigkeit dieser Erklärung darf man aber einigen Zweifel setzen. In Marburg ist der Gutsbesitzer Lauer zu Niederwalgern als Kandidat aufgestellt worden. Ein Gutsbesitzer und überhaupt ein Landwirth hat sich unseres Wissens seither nicht unter den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten und Kandidaten befunden.

Von dem Londoner Strike der Dockarbeiter ist abermals ein neuer mißlungener Verständigungsversuch zu verzeichnen. Auf Grund der von den Werftbesitzern gemachten und von den

Arbeitern genehmigten Vorschläge haben abermalige Verhandlungen zwischen den Direktoren der Dockgesellschaften und den Arbeitervertretern stattgefunden, die aber wiederum mit der Erklärung der Direktoren endeten, daß sie die Vorschläge nicht annehmen könnten. Der streitige Punkt ist nach wie vor der Sechspence Lohn, den die Gesellschaften nicht zugestehen wollen. Ihre Vertreter erklärten sich dagegen bereit, „etwaige ihnen von den Arbeitern zugehenden Beschwerden in Erwägung ziehen zu wollen“ — ein Versprechen, dessen Bedeutungslosigkeit sich bei dem deutschen Bergarbeiteraussteige ausreichend erwiesen hat, und welches die englischen Arbeiter wahrscheinlich sehr kalt lassen wird. Inzwischen haben sich allerdings ihre Ausichten auf erfolgreiche Durchführung des Ausstandes verschlechtert, da ihnen das gewöhnliche Schicksal großer Arbeitseinstellungen, der Ausbruch von Zwistigkeiten, nicht erspart geblieben ist; andererseits scheint auch bei den Dockgesellschaften eine Spaltung eingetreten zu sein.

Ueber einen merkwürdigen Zwist am russischen Hofe wird dem „Neuen Wiener Tageblatt“ Folgendes auf indirektem Wege aus Petersburg gemeldet. In der Petersburger Gesellschaft wird der Rücktritt des Herzogs Alexander von Oldenburg vom Kommando des Gardekorps lebhaft besprochen. Es zirkulirt das Gerücht, der erst 45jährige Herzog Alexander wolle überhaupt seinen Abschied aus dem russischen Heere nehmen. Als Grund dafür wird ein Zerwürfniß mit dem Zaren angegeben; es soll zwischen Beiden zu einer höchst erregten Auseinandersetzung gekommen sein. Kaiser Alexander decretirte kürzlich, daß im Falle eines Krieges zwischen Rußland einerseits, Deutschland und Oesterreich andererseits drei russische Armeen zu bilden seien, eine Südarmerie unter General Bobrikow gegen Lemberg, eine Mittelarmee unter General Gurko gegen Krakau, eine große Nordarmee unter Herzog Alexander von Oldenburg gegen Deutschland, eine Disposition, welche, wie authentisch verlautet, vom General Bobrikow dem Zaren vorgelegt und von diesem gutgeheißen war. Herzog Alexander lehnte das ihm angetragene Kommando ab, er wolle nicht gegen Deutschland kämpfen, da er oder sein Sohn dereinst berufen sein könnte, in Oldenburg zu herrschen. In den Petersburger Salons ist dies offenkundiges Geheimniß, man erzählt es überall.

Der Grenzverkehr mit Rußland hat in letzter Zeit allerlei Erschwerungen von Seiten der russischen Regierung erfahren. Alle Deutschen, die in Geschäften nach Rußland gehen, werden von der Fremdenpolizei einer Kontrolle unterworfen, die bisher selbst im Zarenreich nicht üblich gewesen ist. Während es bisher genügt, daß sich die deutschen Geschäftsleute unserer Provinz, gleichviel welchen religiösen Bekenntnisses sie waren, ihren Paß vom russischen Konsul in Breslau behufs etwa nothwendiger Legitimierung visiren ließen, müssen jetzt, wie die „R. Z.“ berichtet, christliche Reisende, die in Rußland Geschäfte machen wollen, ein Gildenpatent (Gewerbechein) lösen, wofür bei jedem Eintritt nach Rußland 42 Rubel oder ein für allemal, d. h. für ein Jahr reichend, eine Steuer von 718 Rubel zu entrichten ist. Die schlesischen Kaufleute jüdischen Glaubens dürfen dagegen in Rußland gar keine Geschäfte machen. So wurde erst dieser Tage ein angesehenen jüdischer Kaufmann aus Gleiwitz, der schon jahrelang Lodz besucht, vom dortigen Polizeimeister aufgefordert, das Land zu verlassen; denn innerhalb 24 Stunden müßten nach der bestehenden Verordnung alle jüdischen Geschäftsreisenden ausgewiesen werden. Der ausgewiesene Kaufmann aus Gleiwitz, der sich durch diese Maßregel aufs Schwerste geschädigt sieht, hat sich beschwerdeführend an das Ministerium nach Petersburg gewandt; ob er oder die Aufhebung dieses Atlas erzielen wird, ist bei dem von der russischen Regierung seit Jahr und Tag gegen Deutschland bestehenden Abperrungssystem kaum zu erwarten. Hat doch die Regierung in Petersburg kein Bedenken getragen, erst im März dieses Jahres kraft eigener Machtvollkommenheit ganz urplötzlich die Gültigkeitsdauer der sogenannten Halbpässe, d. h. der Ausweischeine, welche vom Landrath des Kreises ausgestellt und von den einzelnen Polizeiverwaltungen unentgeltlich verabfolgt werden, von 14 auf 8 Tage herabzusetzen, obwohl eine solche einseitige Maßregel staats- und völkerrechtlich deshalb unerlaubt ist, weil die gegenseitige Anerkennung dieser vierzehntägigen Halbpässe auf einem zwischen Preußen und Rußland schon im Jahre 1835 geschlossenen Staatsvertrag beruht. Man begreift alle diese von der russischen Regierung belibigen Maßnahmen nur, wenn man bedenkt, daß sie alle in der Absicht getroffen werden, um das deutsche Element von der Grenze fernzuhalten. Leider können die Russen sich mit einem Anschein von Recht darauf berufen, daß ihre Sperremaßregeln nur eine verspätete, aber um so gründlichere Antwort — auf die Puttkamerischen Massenausweisungen sein sollen.

In Aebesinien scheinen sich die Zustände in ein friedliches Geleise einzulullen, denn nach einer Meldung der „Agencia

Stefani“ erhielten der Chef der Schoaschen Mission, Malonen, sowie der Afrikaforscher Antonelli Nachrichten aus Schoa und Harra, denen zufolge daselbst Alles ruhig ist. Der König Menelik werde sich Ende September als Regus von Aebesinien krönen und durch den Bischof Mattheos salben lassen. Alle von Menelik in den besetzten Provinzen ernannten Hauptlinge und Generale befänden sich auf ihren Posten.

Deutschland.

* * Berlin, 1. September. Nach den bisherigen Dispositionen des Kaisers würde für einen Besuch des Zaren in Potsdam nur der nächste Mittwoch frei sein und so fehlt es nicht an Vermuthungen, daß gerade dieser Tag für den Besuch, der alsdann nur wenige Stunden dauern könnte, in Aussicht genommen sei. Nach den Erfahrungen, welche man mit den früheren, anscheinend aus zuverlässigster Quelle stammenden Meldungen über den Zarenbesuch gemacht hat, wird es sich empfehlen, die neuesten Meldungen nur mit Vorbehalt aufzunehmen und abzuwarten, bis aus Kopenhagen die Abreise des in seinen Entschlüssen kaum zu berechnenden Zaren nach Kiel gemeldet wird. — Während die Verhältnisse auf Samoa, man weiß nicht, ob trotz oder wegen der Rückreise Malietoa in befriedigender Weise geregelt sind, berichten amerikanische Blätter über Reibungen zwischen den Deutschen und Amerikanern in Jaluit auf den Marshallinseln, deren Ursprung auf die Behandlung der Missionen aus Boston seitens der deutschen Behörden zurückgeführt wird. Die ministerielle „Morning Post“, welche sich neuerdings mit der Lage der Marshallinseln unter deutscher Herrschaft beschäftigt, spricht wiederholt die Hoffnung aus, daß die offenen Erklärungen des Reichskanzlers über den morbus consularis den deutschen Consul in Jaluit von einer Nachahmung der Knappeschen Taktik abhalten werde. Deutscher Kommissarius auf den Marshallinseln ist Dr. Sonnenschein. — Der Bericht des Herforder Kreisblatts über die Unterredung des Kaisers mit dem Landrath v. Borries über die Frage des Arbeiterschutzes läßt in der bisher bekannten Fassung in keiner Weise erkennen, in welcher Hinsicht der Kaiser eine Abhilfe für nothwendig erklärt hat. Daß die bestehende Gesetzgebung die Ausbeutung der Arbeiter seitens der Arbeitgeber nicht unmöglich macht, darüber ist wohl alle Welt einverstanden. Es fragt sich nur, ob eine durchgreifende Abänderung dieser Mißstände auf dem Wege der Gesetzgebung möglich ist. Erst wenn ins Einzelne gehende Vorschläge zur Abhilfe formulirt sind, wird sich die Probe darauf machen lassen, in wie fern es denjenigen, welche die angebliche Aeußerung des Kaisers mit ostentativer Befriedigung verbreiten, mit der Besserung der bestehenden Verhältnisse Ernst ist. Es ist erfahrungsmäßig nichts leichter, als allgemeine Redewendungen dieser Art, namentlich wenn sie auf hochstehende Personen zurückgeführt werden, mit dem Anschein rüchhaltiger Zustimmung zu wiederholen. Als s. B. der Kaiser die Deputationen der westfälischen Bergarbeiter und der Grubenbesitzer empfangen und letzteren gegenüber die Nothwendigkeit, in nähere und dauernde Beziehungen zu den Arbeitern zu treten, hervorhob, hatte es den Anschein, als ob alle, auch die zunächst beteiligten Kreise von der Richtigkeit dieser Auffassung überzeugt seien. Es hat aber gar nicht so lange gedauert, bis in Blättern, welche den Regierungskreisen sehr nahe stehen, eine aus den Arbeiterekreisen stammende Broschüre beifällig citirt wurde, in der die in Rede stehende Mahnung an die Bergwerksbesitzer als auf einem voreiligen Urtheil beruhend zurückgewiesen wurde. Dieses Hin- und Herzerren persönlicher Meinungsäußerungen in der politischen Diskussion ist unter allen Umständen von Uebel, auch ganz abgesehen von der naheliegenden Möglichkeit, daß solche Aeußerungen mit Recht oder Unrecht ausgebeutet werden, um einen Gegensatz zwischen dem Souverän und der Regierung hervortreten zu lassen und dadurch die eine oder die andere Seite, vielleicht sogar beide, zu diskreditiren. Man vergißt aber ganz, daß wir in einem Verfassungsstaate leben und daß nach konstitutionellen Begriffen eine Willensäußerung des Monarchen nur dann vorliegt, wenn ein Minister die Verantwortlichkeit für dieselbe und damit die Vertretung derselben übernimmt. — In einem Artikel zum Sedantage schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“, das deutsche Volk sollte, indem es sich der Begeisterung erinnert, welche in jenen Zeiten der Erhebung alle Gemüther beherrschte, sich selbst geloben, fern von innerem Haber und Parteisucht, in patriotischer Hingabe jederzeit bereitwillig die Opfer zu bringen, welche immer die Kriegstüchtigkeit unserer Armee verlangen möchte. Diejenigen, die ohne sachlichen Grund in allen Aeußerungen dieses Blattes den Wiederhall offizieller Auffassungen sehen möchten, werden nicht verstehen, aus diesem Artikel herauszulesen, daß dem Reichstage in der bevorstehenden Session neue Militärforderungen unterbreitet werden sollen.

